

Bundesversammlung 2010
Schweriner Erklärung des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM)

Bildungsinvestitionen für Kreativität – „Bildungsmilliarde“ auch für musikalische Bildung nutzen

Verband deutscher Musikschulen (VdM) fordert von Ministerin Schavan Teilhabegerechtigkeit für musikalisch-kulturelle Bildung bei den geplanten Etatsteigerungen für Bildung. VdM fordert in diesem Zusammenhang gesetzliche Verankerung der Musikschularbeit in den Ländern. Musikalisch-kulturelle Bildung muss Thema im Bildungsbericht 2012 werden.

Die Bundesregierung hat durch Bundesbildungsministerin Annette Schavan angekündigt, verstärkte Anstrengungen im Bereich der Bildung durch zusätzliche Mittel in Höhe von 1 Milliarde EURO zu unternehmen. Diese „Bildungsmilliarde“ hat Ministerin Schavan auf der „didacta“ 2010 angekündigt.

Der Verband deutscher Musikschulen (VdM), Träger- und Fachverband der öffentlichen Musikschulen, die mit ihren Angeboten Woche für Woche weit über 1 Million Schülerinnen und Schüler erreichen, fordert in seiner diesjährigen Bundesversammlung in Schwerin, dass diese Bildungsinvestitionen auch die musikalische Bildung erreichen müssen.

Konkret ist die zusätzliche Förderung der musikalischen Bildungsangebote der öffentlichen Musikschulen in Kooperation mit Vorschule (KiTa) und allgemein bildender Schule notwendig. Vor dem Hintergrund der Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften und der sich verändernden schulischen Strukturen müssen die öffentlichen Musikschulen in ihrem Engagement durch eine verantwortungsvolle Bildungspolitik gestärkt werden.

Die Gesellschaft braucht die Kreativität aller Menschen – künftig mehr denn je: Musikalische Bildung erschließt neben künstlerischer auch emotionale und soziale Kompetenz, fördert Integration und ist ein Schlüssel für kreative Lebensgestaltung. Dies gilt auch für die Aspekte Inklusion und lebenslanges Lernen. Musikalische Breitenarbeit und die Förderung begabter junger Musiker durch die Musikschulen müssen als eine gemeinsame Quelle unserer Kultur genutzt werden.

Damit verbindet der VdM die Forderung an die Bundesregierung, die Förderung aus dem Kinder- und Jugendplan für die Musikschularbeit in ihrer Substanz gesichert zu halten.

Doch nicht nur der Bund ist gefordert: Um zeitliche und räumliche Zugangsmöglichkeiten zu Musikschulangeboten als Basis unserer Musikkultur sicherzustellen und um Kooperationen mit KiTa und allgemein bildender Schule erfolgreich gestalten zu können, sind auch Anstrengungen in den Ländern notwendig (vgl. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages). Der VdM fordert daher die Verantwortlichen auf Länderebene auf, die Musikschularbeit in allen Ländern gesetzlich zu verankern und eine ausreichende finanzielle Landesbeteiligung für den Bildungsauftrag der öffentlichen Musikschulen zu gewährleisten.

Der Bildungsauftrag der öffentlichen Musikschulen und die Qualität und Reichweite ihrer Angebote sind im nächsten Bildungsbericht 2012 der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz angemessen darzustellen.

Schwerin, 7. Mai 2010